



Lesben- und Schwulenverband

Landesverband
Berlin-Brandenburg e.V.

Kleiststraße 35
10787 Berlin

Fon: 030 – 22 50 22 15
Fax: 030 - 22 50 22 21

Sorim.Jung@lsvd.de
www.berlin.lsvd.de

LSVD Berlin-Brandenburg e.V. Kleiststr. 35 10787 Berlin

Ausschuss für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung
und Frauen des Abgeordnetenhauses von Berlin
Niederkirchnerstraße 5

10111 Berlin-Mitte

Berlin, 13.02.2014

**Anhörung zur Fortführung und Weiterentwicklung der Initiative
„Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller
Vielfalt“ – Stellungnahme des Lesben- und Schwulenverbandes
Berlin-Brandenburg (LSVD)**

Der LSVD begrüßt den Antrag der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion (Drucksache 17/0652) grundsätzlich. Ebenso den ähnlich gelagerten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – sowie den zugehörigen Änderungsantrag. Die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ (im Folgenden: ISV) sollte fortgeführt und unter folgender Schwerpunktsetzung weiterentwickelt werden:

1. Das Thema Regenbogenfamilien sollte eine wichtige Rolle einnehmen, um der Lebensrealität der Berliner Familien Rechnung zu tragen. In diesem Zusammenhang ist die ideelle Unterstützung des Berliner Senats zu begrüßen, zum Beispiel durch Aufnahme des Lesben- und Schwulenverbandes in den Berliner Beirat für Familienfragen. Hervorzuheben ist auch die Anschubfinanzierung des Regenbogenfamilienzentrums durch Lottomittel. Das Regenbogenfamilienzentrum unterstützt lesbische, schwule, bisexuelle und transgeschlechtliche Paare mit Kindern bzw. Kinderwunsch. Zudem fungiert es als Kompetenzzentrum zur Unterstützung anderer Berliner Familieneinrichtungen. Ende 2015 endet die Lotto-Finanzierung dieses einmaligen Zentrums, daher sollte dessen nachhaltige Absicherung bereits jetzt politisch vorbereitet werden. Die Pläne zur Weiterentwicklung der ISV sind dahingehend zu konkretisieren.
2. Darüber hinaus sollte die ISV dafür genutzt werden, um Menschen in Notsituationen gerecht zu werden. So herrscht in Berlin ein Notstand bei der Unterbringung erwachsener schwuler, bisexueller und transgeschlechtlicher Männer, die sich in Lebensgefahr befinden, Gewalt erleiden oder von Zwangsverheiratung bedroht sind. Es sind Umstände gegeben, die bei Frauenberatungsstellen und Frauennotrufen gut

bekannt sind. In der Krisenunterbringung für jugendliche Homosexuelle und Transgender ist zwar ein gutes Angebot vorhanden (z.B. gleich-und-gleich e.V.), das auch vom LSVD für jugendliche Klienten und Klientinnen genutzt und empfohlen wird. Spätestens ab 27 Jahren ist man der Gewalt und Homophobie seines Umfelds jedoch schutzlos ausgeliefert. Manche Gewaltopfer gehen in akuten Notsituationen heterosexuelle Scheinehen ein: dies erscheint ihnen in ihrer Verzweiflung die vermeintlich einzige Option zu sein, Leib und Leben zu sichern, da sie von staatlicher Seite nicht ausreichend vor Gewalt und Zwangsehen geschützt werden. Seit mehreren Jahren weist das Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule (MILES) des LSVD auf diesen Missstand hin. Der Staat muss seiner Fürsorgepflicht diesbezüglich endlich gerecht werden. Die Einrichtung von Krisenwohnplätzen in einer sicheren Zufluchtsstätte wird dringend benötigt.

3. Der Kampf gegen Homophobie und Transphobie muss auf allen Ebenen fortgesetzt werden, sei es in der Schule, am Arbeitsplatz oder in anderen Lebensbereichen. Eine wichtige Rolle nimmt dabei der Sport ein. Das Thema Homosexualität ist nach wie vor eines der größten Tabu-Themen im Sport. Im Jugendbereich herrscht ein Klima, in dem sich nur wenige Jugendliche zu outen trauen, in Vereinen wird das Thema oftmals totgeschwiegen. Begriffe wie „Schwuchtel“ oder „Schwule Sau“ gehören insbesondere auf dem Fußballplatz zu den gängigen Beleidigungen. Seit Januar 2011 engagiert sich der Berliner Fußballverband auf Grundlage einer Kooperationsvereinbarung gegen Homophobie. Eine systematische Erweiterung auf andere Sportarten wäre sinnvoll; mit einer halben Stelle – die sich zwei Projektverantwortliche derzeit teilen – ist dies aber nicht zu bewerkstelligen. Der Landessportbund hat seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit signalisiert. Die notwendigen Ressourcen sollten daher bereitgestellt werden.

Abschließend sei angemerkt, dass der Lesben- und Schwulenverband das von SPD und CDU im Koalitionsvertrag und in den Richtlinien der Regierungspolitik verankerte Bekenntnis zum Kampf gegen Homophobie und Transphobie begrüßt. Die Koalitionsfraktionen sind nun gefordert, die seit mehreren Monaten angekündigten eigenen Pläne zur Weiterentwicklung der ISV öffentlich zu machen und die genannten Anregungen aufzugreifen.

Der Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg wird bei der Anhörung von Diplom-Psychologin So-Rim Jung, Leiterin des Zentrums für Migranten, Lesben und Schwule (MILES) beim LSVD, vertreten.